

Antizionistischer Antisemitismus

Warum wir aus dem Revolutionären 1. Mai-Bündnis (Berlin) ausgetreten sind

Wir waren jahrzehntelang Mitglied im Revolutionären 1. Mai-Bündnis. Es gelang meistens, antisemitische Positionen aus der Demo herauszuhalten. Am 6.4.2016 wurden plötzlich mehrere antizionistisch-antisemitische Gruppen auf fragwürdige Weise Mitglied im Bündnis. Man ließ sie, trotz unseres Widerspruchs, sogar über ihre Aufnahme mit abstimmen. Es handelt sich, allen voran, um **BDS** (Boycott, Divestment and Sanctions) und **FOR-Palestine**. Ihr zentrales Ziel ist die Zerstörung Israels.

Am 13.4. beantragten wir mündlich, die undemokratischen Aufnahmen rückgängig zu machen sowie antisemitische Positionen aus der Demo auszuschließen. Unsere Anträge wurden vom Tisch gewischt. Für die Sitzung am 20.4. hatten wir 4 schriftliche Anträge (s. u.) samt Informationen über beide Gruppen verschickt und eine Abstimmung verlangt. Es folgte die antisemitisch verhetzteste Diskussion, die wir je in einem linken Bündnis erlebt haben. Ein Vertreter von FOR-Palestine sprach zustimmend von »nationalem Sozialismus«. Die RLB erklärte, dass sie unsere 4 Anträge inhaltlich ablehnt. Wir verloren. Die antizionistisch-antisemitischen Organisationen blieben im Bündnis. Wir traten aus.

Antrag 1: Personen oder Gruppen, die auf der Revolutionären 1. Mai Demonstration in Berlin antisemitische Inhalte in Form von Transparenten usw. mit sich tragen, werden von der Demonstration ausgeschlossen. Beispiel eines solchen Inhalts: »Israel verübt ein Genozid an den Palästinensern«.

Antrag 2: Im Revolutionären 1. Mai Bündnis werden Positionen zum Israel/Nahost-Konflikt im Aufruf für die Berliner Revolutionäre 1. Mai Demo nur im Konsens verabschiedet.

Antrag 3: Neues Mitglied des Revolutionären 1. Mai Bündnisses kann eine Gruppe nur werden, deren Mitgliedschaft von der Mehrheit der bisherigen Bündnismitglieder durch Wahl akzeptiert wurde.

Antrag 4: Explizit antisemitische Gruppen wie der BDS und FOR-Palestine, welche nicht nur etwa Kritik am Staat Israel und seinen Handlungen, sondern die ausdrückliche Abschaffung und Zerstörung des Staates Israel zum Ziel haben, können nicht Mitglieder des Revolutionären 1. Mai Bündnisses sein.

Abstimmungen: Zu Antrag 1: **Dafür:** Ökologische Linke Berlin, Ökologische Linke, ÖkoLinX-Antirassistische Liste.

Dagegen: BDS (neu), FOR-Palestine (neu), Venceremos (neu), Demokratische Komitees Palästinas (neu), Internationalismo 21 (neu), Kurdistan Solikomitee (neu), DKP, SDAJ, Gruppe Arbeitermacht, Revolution (Arbeitermacht-Jugend), Internationalistischer Abend, Klassenkämpferischer Block (KKB).

Enthaltung: Interventionistische Linke (IL), Radikale Linke Berlin (RLB), Antifaschistische Linke Jugend (ALJ).

Zu Anträge 2 – 4: alle wie zu Antrag 1 – außer ALJ: gegen alle drei Anträge.

Die antizionistischen Antisemit*innen von BDS und FOR-Palestine haben keinen Begriff von Israel als Klassengesellschaft, sondern stellen das palästinensische gegen das israelische »Volk«. Mit ihrer Unterstützung eines Boykotts gegen das ganze Israel bestrafen sie Lohnarbeitende und Unterschicht in Israel, die jüdische und die arabische. Der Boykott ist nur eine Zwischenstufe zum eigentlichen Ziel: der Zerstörung des Staates Israel. Alle Bewohner*innen Israels werden in Kollektivhaftung für die Menschenrechtsverletzungen des Staates, des Militärs und der orthodoxen Siedler*innen genommen. Die antizionistischen Antisemit*innen maßen sich darüber hinaus einen Alleinvertretungsanspruch für alle Palästinenser*innen an und lassen kein kritisches Wort über Raketenangriffe, Selbstmordattentate und Messeranschläge zu.

FOR-Palestine behauptet, Israel begehe ein »Genozid am palästinensischen Volk« (so wie der NS-Faschismus ein Genozid an den Juden begangen habe). Die Definition des Begriffes bleibt vage. Es wäre vermutlich der erste »Genozid« der Weltgeschichte, in dem die angeblich ausgerottete Menschengruppe in Wirklichkeit (glücklicherweise) wächst. FOR-Palestine fordert ausdrücklich die »Abschaffung« des Staates Israel und die Vertreibung aller »Zionist*innen« (vgl. »Über uns«, auf: <http://for-palestine.org/de/uber-uns-4/>). Da im Jargon der antizionistischen Antisemit*innen praktisch alle jüdischen Menschen als Zionist*innen gelten (außer denen, die sich antizionistisch-antisemitischen Interessen

unterwerfen), blieben dann kaum noch Jüd*innen in Israel übrig.

Nicht nur die 1947/48 tatsächlich vertriebenen Palästinenser*innen sondern alle ihre Nachfahren sollen nach Israel zurückkehren. Aber das Völkerrecht kennt kein »vererbbares Rückkehrrecht« und Israel ist etwa so klein wie Hessen. Gälte ein solches Erbrecht für deutsche »Vertriebenen«-Nachfahren und alle anderen Menschen, wären neue Vertreibungen und Kriege in aller Welt sicher. In der Praxis beträfe ein »vererbbares Rückkehrrecht« viele Millionen Palästinenser*innen und wäre die neue Gestalt der antisemitischen Forderung »Juden ins Meer«.

Die internationale BDS-Kampagne, deren Finanzierung im Trüben liegt, ist eine antisemitische Kampagne pro-palästinensischer Organisationen mit dem Ziel, Israel erst zu delegitimieren und dann zu zerstören. Aus Platzgründen sei hier nur auf eine zentrale Behauptung eingegangen: Der Staat Israel sei auf Land gegründet, das zuvor »ethnisch« von seinen palästinensischen Bewohner*innen »gesäubert« worden sei. Aber Palästina war ein kleiner Landstrich im Osmanischen Großreich als im 19. Jahrhundert arabische Großgrundbesitzer, die meist im Ausland lebten, freiwillig Grundstücke an jüdische Einwanderer*innen verkauften. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das »in der Balfour-Deklaration [1917] gegebene Versprechen der Errichtung eines jüdischen Staates in das britische Völkerbundmandat über Palästina inkorporiert« (Salzborn). Es gab, was den Ursprung des Staates Israel angeht, keinen »Siedlungskolonialismus«, wenn auch unstrittig viele Konflikte. Wenn der BDS das Ende der »Kolonisation arabischen Landes« fordert, was ist gemeint? Westbank, Gaza, Ostjerusalem oder nicht eben doch das ganze Israel?

Die Aussage »ich bin kein Rassist, aber ...« entlarvt den Sprechenden so wie »man darf Israel nicht kritisieren, ohne gleich als antisemitisch zu gelten ...«. Das ist ein Verschwörungsmythos, denn wer sollte Kritik an Israel verbieten? Man kann Israel, wie jeden Staat auf der Erde, von morgens bis abends kritisieren. Zum Beispiel so: Israel hält die Westbank völkerrechtswidrig besetzt und muss sie freigeben. Die israelische Gesellschaft ist, wie jede kapitalistische, auch rassistisch. Wer sich aber, statt zu kritisieren, antisemitisch äußert, muss damit leben, Antisemit genannt zu werden, »denn Antisemitismus ist das Gegenteil von Kritik« (Salzborn). Wer Fakten leugnet und sein Interesse zum

Glauben erhebt, wird nur die eigenen Ressentiments füttern. Moderne Antisemit*innen leugnen ihren Judenhass, sie raunen und sie manipulieren die Fakten und die Geschichte.

Über die Jahrhunderte haben sich verschiedene Formen des Antisemitismus entwickelt: während 2000 Jahren der christlich-antijudaistische, ab dem 19. Jahrhundert der rassistische, nach 1945 der sekundäre, Schuld abwehrende, seit einiger Zeit der antizionistische und auch der islamistische. Und heute gibt es sie alle. Im Fall von BDS und FOR-Palästine haben wir es mit antizionistischem Antisemitismus zu tun, der für seinen Judenhass den Staat Israel als Projektionsfläche braucht. Der Antizionismus, der früher eine andere Bedeutung hatte, wurde zu Maske und Mantel einer neuen Form des Antisemitismus.

Typische »Argumente« der Delegitimation sind: Der Staat Israel sei ein rassistisches Projekt, dessen Existenz auf Raub und Vertreibung beruhe. Von Israel wird ein anderes Verhalten gefordert als von jedem anderen kapitalistischen Staat und ihm wird bei Nichtbefolgen eine weit höhere Strafe angedroht: Vernichtung (doppelte Standards). Eine vergleichbare Kollektivstrafe gegen Deutschland, Russland oder die USA ist nicht vorstellbar. Mit linker Staatskritik und aufgeklärtem Antinationalismus hat dieser antizionistisch-antisemitische Wahnsinn nicht das Geringste zu tun.

Und Israel wird dämonisiert wie kein zweiter Staat. Es wird zum Objekt der Wahnvorstellung von einer »jüdischen Weltmacht«, verschärft seit der Weltwirtschaftskrise von 2008ff, und es wird mit dem NS-Faschismus gleichgesetzt. Das verharmlost nicht nur die Shoah, den millionenfachen Massenmord an den deutschen und europäischen Jüd*innen durch Deutschland. Es soll auch deutsche Antisemit*innen von aller geschichtspolitischen Verantwortung frei sprechen.

Bundessprecher*innenrat (BSR)
der Ökologischen Linken, 1. Mai 2016

Lesetipps:

[1] Samuel Salzborn: »Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung«, in: <http://www.hagalil.com/2013/06/israelkritik-oder-antisemitismus/>

[2] Micha Brumlik: »Politik der Moral oder Moral der Politik?«, in: http://www.akweb.de/ak_s/ak586/02.htm

[3] Hans-Peter Büttner: »Antisemitismus als Denkform«, in: Kritik-netz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft (2014)

[4] Moïse Postone: Deutschland, die Linke und der Holocaust, Freiburg: ça ira-Verlag 2005